

Posener Zeitung. Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen: Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung...

Annoucen: Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München...

Nr. 256.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 13. April.

Extrate 20 Pf. die sechsgespaltene Beitzelle ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Die Justiz-Verwaltung muß sparen.

Als vor Jahresfrist etwa die Arbeiten an dem großen Werke der Justiz-Organisation ihrem Abschlusse zueilten, die Gehaltsfragen regulirt und auf Lasfer's Antrag die Richter-Gehälter sogar über die Feststellung der Regierung hinaus erhöht wurden, ging ein Gefühl freudiger Genugthung durch die theiligteten Kreise. Es fehlte auch nicht an Reibern und Hassern, die da meinten: die herrschende Klasse habe recht gut für sich zu sorgen verstanden. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit aber stellt sich heraus, daß die Freude nicht von langer Dauer war, und daß andere Beamten-Kategorien durchaus keinen Grund haben, die Kollegen von der Justiz zu beneiden.

Das Alles wird sich historisch entwickeln. Heute wollen wir nur konstatiren, daß die viel befristeten hohen Gehälter der Justiz-Beamten ein sehr bedenkliches Revers haben. Was an Gehältern zugelegt worden ist, soll an der Zahl der Richter und Beamten gespart werden: mehr Geld, dafür aber mehr Leistung. Das klingt in der That wie ein bekanntes wirtschaftliches Axiom, und wenn alle Theorien sich jeglicher Art von Praxis anbequemen wollten, wäre die Sache mit diesem Spruche ein für alle Mal erledigt.

Allen Einwänden, allen Verurtheilungen auf Thatsachen und auf das Maß dessen, was menschliche Kraft leisten kann, stellt man jetzt ein kategorisches "es muß gehen!" entgegen. Nun, gehen wird es zunächst, fragen wir aber nicht: wie lange und wie? In dem preussischen Beamtenthum aller Grade steckt ein achtungswerther Fonds von Pflichtgefühl und Ehrenhaftigkeit; diese Eigenschaften werden allerdings bewirkt, daß den gestellten Anforderungen gegenüber die Kräfte bis zum Aeußersten angestrengt werden. Eine solche Anspannung kann aber für die Dauer, ganz abgesehen von den Personen, auch nicht einmal im Interesse der Sache liegen.

„Berlin und St. Petersburg.“

(Fortsetzung.)

Bemerkenswerth ist hier noch folgende Stelle des Buches: Russlands Verbalten im Sommer 1870 wurde vornehmlich durch zwei Umstände bedingt: durch die persönliche Erregung Alexander's II. über die brutale Art, in welcher der verhasste Neffe des verhassten Oheims gegen die Person seines Oheims, des Königs Wilhelm, vorgegangen war, und durch die Ungebildete Gortschakow's nach einer passenden Gelegenheit zur Befreiung von den Fesseln des pariser Vertrages.

legt worden — mit den mattherzigen Whigs, die das britische Staatsruder in Händen hielten, getraute der Fürst sich allein fertig zu werden. Ueber die Machterhältnisse der beiden Gegner dachte man an maßgebender Stelle ungefähr eben so, wie in den Redaktionen des „Golos“ und der „Mosl. Zeitung“: war der oberste militärische Vertrauensmann Russlands, der Kriegsminister Milsutin, doch als Anhänger der französischen Einrichtungen allgemein bekannt. Einen der deutschen Sache schließlich günstigen Ausgang hielt man für möglich — an Erfolge, die Frankreich vollständig zu Boden werfen könnten, glaubte man auch da nicht, wo man mit seinen Sympathien wesentlich auf deutscher Seite stand. Die Ueberraschung darüber, daß Frankreichs Macht bereits wenige Wochen nach Beginn des Krieges gebrochen war, ist wahrscheinlich nirgends so groß — und so peinlich gewesen, wie in Russland, die offiziellen petersburger Kreise nicht ausgenommen. Daß der Kaiser und die zu Sr. Majestät nächster Umgebung gehörenden Generale an dem Glück der deutschen Waffen warmen Antheil nahmen, hat sicher dazu mitgewirkt, daß Thiers' in der russischen Hauptstadt verjuchte Werbungen erfolglos blieben — daß die Diplomatie Russlands ihre eigenen und eigennütigen Wege ging, ist auch dadurch nicht ungeschick gemacht worden. Erst im Herbst v. J. ist man bei uns darauf aufmerksam geworden, daß bereits wenige Monate nach Ausbruch des Krieges eine Differenz russischer und deutscher Beziehungen zu Frankreich hervorgerufen war, die ungleich größere Aufmerksamkeit verdient, als ihr im Göttinger jener wild bewegten Zeit zugewendet wurde. Während der deutsche Kanzler an der Möglichkeit festhielt, die napoleonische Dynastie erhalten zu sehen und mit dieser zu dem gewöhnlichen Friedensschlusse zu gelangen, beilte man sich in Russland, eine indirekte Anerkennung der französischen Republik noch vor Erledigung der Pontusangelegenheiten auszusprechen und das Gelingen derselben dadurch nach Möglichkeit von der deutschen Zustimmung unabhängig zu machen. Sache der künftigen Geschichtsschreibung wird es sein, die auf diesen Punkt bezüglichen Thatsachen im Einzelnen aufzuklären, — als bestehend kann schon jetzt angesehen werden, daß dieselben dem deutschen Reichskanzler eine außerordentlich peinliche Ueberraschung bereiteten und auf den Gang der zwischen diesem und dem britischen Bevollmächtigten Lord Ddo Russell geführten Verhandlungen erheblich eingewirkt haben. Für das Maß (oder vielmehr die Maßlosigkeit!) der russischen Ansprüche an die deutsche „Danbarkeit“ war es höchst bezeichnend, daß man in einer Angelegenheit, deren Vortheil allein Russland zufiel, ohne jede Rücksicht auf den mitengagierten, mit der reichlichen Hälfte des erregten Odiums beladenen Verbündeten, eigne Wege ging, ihm in der zu einer deutschen Lebensfrage gewordenen Frage der künftigen französischen Regierungsordnung Schwierigkeiten bereitet und sich hinterdrein noch die Miene gab, nicht voll befriedigt worden zu sein. Daß der in der „Mosl. Z.“ erhobene Vorwurf, „Fürst Bismarck sei schuld daran, daß die Aufkündigung des Pontusvertrages nachträglich einem Kongresse unterbreitet und nicht von dem russischen Nachbarn allein erledigt worden“ — daß dieser Vorwurf kein bloßer Einfall M. R. Ratkoff's gewesen, hat mindestens in Russland jedes Kind gewußt!

Mit der Aufkündigung der auf die Neutralität des Schwarzen Meeres bezüglichen Feststellungen des pariser Friedensvertrages glaubte die russische Diplomatie aber noch mehr als die Befreiung von einer ihr lästigen Fessel und die Wiedergewinnung des Schlüssels zum Eingange in den Bosporus gewonnen zu haben. Als Teilnehmer an diesem die österreichisch-ungarischen Interessen schwer schädigenden Gewaltstreiche sollte Fürst Bismarck sich die Möglichkeit einer Wiederausöhnung mit dem Wiener Hofe und einer Annäherung an die Westmächte verweigert und für alle Zeiten die Nutze einer Abhängigkeit von der russischen Politik aufgebunden haben. Das Ziel der slavistisch gesinnten Politiker Russlands war von jeher darauf gerichtet, einen Verbündeten zu finden, der ihnen im Osten völlig freie Hand ließ und dem sie dafür die unbeschränkte Vollmacht erteilten, mit dem Westen Europas nach Belieben zu verfahren. Weil diese Partie eine höchst ungleiche wäre (den sich selbst überlassenen Osten würden die Russen ohne große Mühe in die Hände bekommen — die Völker des europäischen Westens aber sind Manns genug, sich einen unliebsamen Herrn vom Halbe zu halten und ihre Selbstständigkeit zu wahren), hatte dieser Verbündete sich, allen darauf gerichteten Bemühungen zum Trotz, niemals ausfindig machen lassen. In dem mit Frankreich tödtlich verfeindeten, England entfremdeten, von Oesterreich mißtraulich angesehenen neuen deutschen Reiche glaubte man diesen idealen Verbündeten endlich gefunden zu haben. Geling es nun, denselben unter Absperrung vom übrigen Europa an der Seite Russlands festzuhalten und die Dinge so zu wenden, daß Deutschland und Russland im östlichen Europa „allein gelassen wurden“, daß England sich von jeder Theilnahme an kontinentalen Dingen zurückzog und Frankreich an seiner inneren Zerissenheit hinriechte, so stand fest, daß das schließliche Ende eines solchen Zustandes die Aufsaugung Westösterreichs durch Deutschland und die Auslieferung der östlichen Länder des Kaiserstaates an den Panlawismus sein müßte. — Darauf war es von den Russen abgesehen — das wurde von einer großen Zahl kurzseitiger deutscher Schwärmer als letztes Ziel des Bismarckschen Politik herbeigeseht; in Oesterreich aber war das Gefühl der Erbitterung über die im Jahre 1866 erlittene Schmach so lebendig, daß viele österreichische Patrioten aus Daß gegen das neue deutsche Reich dieser schlimmsten Eventualität in die Hände arbeiteten, indem sie das einzige zur Abwendung derselben vorhandene Mittel, die Ausöhnung zwischen den Rivalen von 1866, für unmöglich erklärten. Namentlich in den militärischen Kreisen Wiens war seit dem Niedergange Frankreichs die Meinung verbreitet, der einzige Oesterreich aus seiner Isolirung befreiende Weg sei der einer russisch-österreichischen Allianz gegen Deutschland. In Wien wie in Pest regte sich keine Hand, die den Verkehr machte, die Beziehungen des Kaiserstaates zu dem Beherrscher des neuen Deutschland in ein verändertes Geis zu bringen: — man schien für ausgemacht anzusehen, daß das mit Russland verbündete deutsche Reich systematisch auf den Ruin Oesterreichs hinarbeite und daß daran nichts zu ändern sei.

Genau das Gegentheil von dem, wozu die Russen ihn bringen wollten, erstrebte der deutsche Kanzler, der nach Beendigung des großen Krieges kein anderes Ziel als das der Befestigung des Friedens fannte und dem nichts ferner lag, als das Verlangen, Kompagnon der auf den Zerfall Oesterreichs spekulirenden russischen Vergrößerungs- und Abenteuerpolitik zu werden. Von der Erwägung ausgehend, daß Oesterreich seit dem Jahre 1867 in seine früheren deutschen Verhältnisse nicht mehr zurückkehren könne, daß sein Groll nur noch der Vergangenheit und nicht der Gegenwart gelte und daß seit dem unwillkürlich gemordenen Auscheiden der habsburgischen Monarchie aus dem deutschen Verbände eine Differenz der wahren Interessen beider Staaten weder

bestand noch auch nur in Zukunft irgend wahrscheinlich war, strebt Fürst Bismarck seit dem ersten Tage nach Wiederherstellung des Friedens eine Kombination an, in welche dieser, durch seine Interessen Deutschland nächststehende, erst durch seine jüngste Geschichte von uns abgestoßene Staat mithineingezogen werden konnte. Oesterreich bedurfte territorialer Vergrößerung eben so wenig wie Deutschland; beide Staaten mußten im Gegentheil die Erhaltung der bestehenden europäischen Grenzen anstreben, beide waren daran interessiert, die Welt-herrschaftspläne des nach dem Bosporus schielenden Slavismus in Schranken gehalten zu sehen. — Umgekehrt lag die Sache mit Russland. Momentan war man mit diesem auf schlechtem Fuß, anlangend die Zukunft konnte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufkündigung des Pontus-Vertrages eine Wiederaufnahme der traditionellen russischen Orientpolitik bedeute und daß über kurz oder lang ein Zeitpunkt eintreten werde, in welchem Russlands Freundschaft für das auf diese Freundschaft angewiesene deutsche Reich nur um den Preis einer Auslieferung aller von Slaven bewohnten Länder an seinen Doppeladler zu haben sein werde.

Daß Fürst Bismarck durch Begründung des Dreikaiserbundes eine Brücke nach Wien zu schlagen wußte, ohne diejenige nach Petersburg preiszugeben, ist unserer Meinung nach die diplomatisch bedeutendste Leistung gewesen, deren der deutsche Kanzler sich überhaupt zu rühmen hat. Er wußte, daß Russland noch eine Reihe von Jahren brauche, bevor es seine orientalische Aktion aufnehmen könne und daß ihm während dieses Zeitraumes eine unge störte Ruhe und Friedenssicherheit willkommen sein müsse; er wußte, daß Russlands und Oesterreichs orientalische und slavische Interessen zu entgegengesetzter Natur seien, als daß jemals ein Einvernehmen beider Staaten auf Unkosten Deutschlands hergestellt werden könne; er zog endlich in Betracht, ein einmal hergestelltes freundschaftliches Verhältniß zwischen den Kabinetten von Berlin und von Wien zu einem dauernden Zusammengehen beider Staaten führen und Oesterreich der Versuchung entrücken zu müssen, sich Frankreich anzunähern. An der Hand dieser Rechnung unternahm der deutsche Kanzler den Versuch, das a und b für sich unmögliche zeitweise möglich zu machen, d. h. vermittelst einer zwischen Russland und Oesterreich bewirkten Annäherung dem deutschen Reiche die Möglichkeit freundschaftlicher Beziehungen zu beiden Reichen zu ermöglichen. Fürst Gortschakow schloß sich dem Bismarckschen Vorschlage an, nicht weil er die friedlichen Absichten des Begründers dieser Kombination theilte, sondern weil er dieselbe für seine Absichten ausbeuten zu können glaubte. Ihm bedeutete der Dreikaiserbund eine Veranstaltung, mit deren Hilfe er Oesterreich bis zur Stunde der orientalischen Entscheidung hinhalten zu können meinte, um sodann im Vereine mit dem von einer freien Wahl ausgeschlossenen deutschen Reiche die orientalische Welt nach Belieben umgestalten und Russlands Einfluß bis an die Ufer des Bosporus ausdehnen zu können.

Diese Divergenz russischer und deutscher Auffassungen des Dreikaiserbundes bietet den Schlüssel zu den Ereignissen der beiden letzten Jahre und zu der aus denselben hervorgegangenen gegenwärtigen Situation. Bevor wir diese Situation näher ins Auge fassen, wird aber nothwendig sein, der Volksstimmungen von hien und drüben noch einmal in Kürze zu gedenken. (Fortf. folgt.)

Deutschland.

+ Berlin, 11. April. [Zur Lage der Steuerreform.] Die Thronrede, mit welcher der Reichstag am 12. Februar eröffnet wurde, bezeichnete als eine Hauptaufgabe der diesmaligen Session die Weiterführung des Steuerreformwerkes. Bis jetzt ist in dieser Richtung nichts geschehen. Die Brausteuervorlage hat die erste Lesung passirt; der Stempelsteuerentwurf, dessen wunderliche Peripetien im Bundesrath während der letzten Tage die Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, ist bis jetzt überhaupt nicht an den Reichstag gelangt. — Es scheint indeß, daß man in leitenden Kreisen die Steuerfrage zum Kernpunkt des Restes der Session zu machen entschlossen ist. Schon vor einigen Tagen gaben „Provinzialkorrespondenz“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ derartige Andeutungen, und jetzt gehen die „Grenzboten“ ganz offen mit der Sprache heraus. Danach würde der demnächst bevorstehenden Abstimmung über die Brausteuere die Bedeutung der Entscheidung innewohnen, ob die für die Durchführung der geplanten Steuerreform erforderlichen Summen im Wege einzelner indirekter Steuermaßregeln oder aber im Wege des Tabaksmonopols beschafft werden sollen. Werde die Brausteuere angenommen, so würden sich genigende andere Maßregeln schon noch finden lassen. Werde sie aber abgelehnt, so würde dadurch das Tabaksmonopol für unvermeidlich erklärt. An Deutlichkeit läßt diese Argumentation nichts zu wünschen, wohl aber an überzeugender Kraft. Man operirt dabei — und dies ist der Grundfehler — mit mehr oder weniger unbekanntem und unsicheren Größen. Von dem Steuerreformplane des Reichskanzlers ist die Rede, als handelte es sich um ein ganz bestimmt umschriebenes Projekt. In Wahrheit hat Fürst Bismarck im vorigen Jahre — es geschah in der Reichstagsitzung vom 2. Mai — seine Reformidee nur in sehr weiten Umrissen gezeichnet, als ein Programm, von welchem er keineswegs sagen wollte, er „stehe und falle mit ihm“, als etwas, das ihm „in Bezug auf Preußen vorschwebte“, ohne daß er verlangen wollte, „daß es sofort und glatt zu geschehen hätte“. Im Wesentlichen handelte es sich um „vollständige Abschaffung der Klassensteuer, Uebertragung der Grund- und Gebäudesteuer auf die Kommunen und gänzliche Umgestaltung der Einkommensteuer“. Der damalige preussische Finanzminister, Herr Hohrecht, erklärte bekanntlich alsbald seine Nichtübereinstimmung mit diesem Rahmen des Reformprogramms und bezeichnete feinerseits als das Durchführbare die Uebertragung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer auf die Kommunen, und nicht die vollständige Abschaffung, sondern

*) Nach der neuen Gerichts-Verfassung kommen auf einen Amtsrichter neun, zehn, in gewissen Distrikten elf Tausend Seelen.

